

**PRESSEMITTEILUNG**  
**DES**  
**BERUFSVERBANDES DER DEUTSCHEN UROLOGEN e.V.**  
**ANLÄSSLICH DES**  
**53. JAHRESKONGRESSES**  
**DER**  
**DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR UROLOGIE 2001**  
**IN DÜSSELDORF**

---

**„UROLOGISCHE GRUNDVERSORGUNG GEFÄHRDET„**

Düsseldorf, 21.9.01 *„Die Grundversorgung urologischer Patienten ist in hohem Maße gefährdet. Unser Fachgebiet trägt die Hauptlast der durch die demographische Entwicklung ausgelösten Morbidität mit daraus resultierender Fallzahlentwicklung“*, erklärte Dr. KLAUS SCHALKHÄUSER, Präsident des Berufsverbandes der Deutschen Urologen anlässlich des 53. Jahreskongresses der Deutschen Gesellschaft für Urologie und fordert die Krankenkassen und das Bundesgesundheitsministerium auf, durch zusätzliche Finanzmittel die Krankenversorgung zu sichern.

Von 1993 bis 1998 haben die Behandlungsfälle in der Urologie um 44 % zugenommen, während im gleichen Zeitraum für alle anderen Fachgruppen lediglich ein Zuwachs von 23 % festzustellen ist.

Der Bevölkerungszuwachs der über 60-jährigen Männer betrug in diesem Zeitraum 17,5 % (1,12 Mio), davon entfallen etwa 880.000 Männer auf die alten Bundesländer. Die Zahl der Behandlungsfälle mit gutartiger Prostatavergrößerung stieg von 1 Mio. in 1993 auf knapp 1,7 Mio. (+ 65 %), die der Prostatakrebsfälle von knapp 300 Tsd. auf über 600 Tsd. (+ 111 %).

Der Demographieeffekt hat also in den alten Bundesländern zusätzlich rund 280.000 Krankheits- und somit etwa 1 Mio. Behandlungsfälle an behandlungsbedürftigen Prostataerkrankungen ausgelöst, die unter Budgetbedingungen versorgt werden müssen. Die Morbidität dieser Altersgruppe erklärt also die überdurchschnittliche Fallzahlentwicklung für das Fachgebiet Urologie. Insofern ist es auch berechtigt, die Prostataerkrankungen mit insgesamt etwa 3 Mio. Behandlungsfällen bei weiter steigender Tendenz zur *Volkskrankheit* zu erklären und notwendige Konsequenzen daraus zu fordern.

Der Versuch, nun von der gescheiterten Sozial- und Arbeitsmarktpolitik durch ein stringentes Primat einer Beitragsstabilität abzulenken, wird mißglücken. Die Finanzmisere in unserem Gesundheitswesen wird nun auch langsam der Bevölkerung bewußt.

Die Urologen können unter Budgetbedingungen nicht weiterhin etwa 20 % urologischer Leistungen ohne Vergütung erbringen. Vielmehr wird der Berufsverband der Deutschen Urologen die Bevölkerung durch einen bundesweiten „*Männergesundheitstag*“, mit Beginn noch in diesem Jahr, auf die modernen medizinischen Möglichkeiten, insbesondere zur Früherkennung des Prostatakrebses hinweisen, zumal nach der neuesten Krebsstatistik des Robert-Koch-Institutes der Prostatakrebs mit 31.000 Neuerkrankungen im Jahr 1998 erstmals den 1. Platz unter den Krebserkrankungen bei Männern eingenommen hat.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich den Problemen einer neuen Senioren-Generation nicht zu verschließen und die Bürger noch vor den nächsten Wahlen schonungslos darüber zu informieren, daß unser Gesundheitswesen nur noch durch Beitragssatzerhöhung oder durch mehr Eigenbeteiligung zu finanzieren ist.

Der Berufsverband der Deutschen Urologen fordert einmal mehr Kalkulationssicherheit für die ambulante vertragsärztliche und die stationäre Versorgung im DRG-System durch sauber kalkulierte Festpreise bei Übernahme des Morbiditätsrisikos durch die Krankenkassen.

Der Sicherstellungsauftrag für Kranke kann nur unter „gesunden“ Rahmenbedingungen erfüllt werden.

*Dr. Klaus Schalkhäuser*